

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

1.4.1924 (No. 78)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verleger:
Karl Friedrich
Strohe Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt besonderer Rabatt, der als Rabattabgabe gilt und vereinbart werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Besondere Anweisung des Ministeriums des Innern zu beachten. Die Besondere Anweisung des Ministeriums des Innern ist in dem unteren Eisenkasten, der der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpöblich, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Amtlicher Teil

Wahlleiter für die Reichstagswahl

Reichswahlleiter ist der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Statistischen Reichsamts beauftragte Ministerialrat, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamts Geheimer und Oberregierungsrat Meisinger. Die Anschrift des Reichswahlleiters lautet: Reichswahlleiter, Berlin W 10, Bülowufer 8, Fernruf: Berlin Kurzfürst 9509, Telegramm-Adresse: Reichswahlleiter, Berlin 10.

Verbandswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden ist Oberregierungsrat Dr. Kiefer, Stellvertreter Regierungsrat Barth, beide im württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart.

Kreiswahlleiter für den 32. Wahlkreis (Baden) ist Ministerialrat Weigel, Stellvertreter Oberregierungsrat Hecht und Regierungsrat Walz, sämtliche im badischen Ministerium des Innern. Die Anschrift des Kreiswahlleiters lautet: Wahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises, Karlsruhe, Ministerium des Innern.

Bezüglich telegraphischer Erklärungen wird auf § 20 des Reichswahlgesetzes verwiesen.

Das Urteil im Hitlerprozess

Hitler, Böhner, Kriebel u. Dr. Weber je 5 Jahre Festung — Lubendorff freigesprochen

WTB. München 1. April. Heute vormittag 10.05 Uhr wurde im Hitlerprozess das Urteil verkündet:

Hitler, Böhner, Kriebel und Dr. Weber erhalten wegen Hochverrats je 5 Jahre Festung, 200 M. Geldstrafe, ev. 20 Tage Festungshaft und Ertragung der Kosten. Nach Verbüßung einer Strafkzeit von 6 Monaten Festung wird diesen voraussichtlich eine Bewährungsfrist für den Rest der Strafe in Aussicht gestellt.

Lubendorff wurde freigesprochen unter Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse.

Die Angeklagten Frid, Böhm, Brückner, Wagner und Peret erhalten wegen Weibliche je 1 Jahr 3 Monate Festung, 100 M. Geldstrafe, ev. 10 Tage Festungshaft. Ferner wurden sie zur Ertragung der Kosten verurteilt. Diesen 5 Weiblichen wird für den Rest der Strafe mit sofortiger Wirksamkeit eine Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928 gewährt.

Auf der Tagung des Wirtschaftsinstituts für Rußland und die Oststaaten

In Königsberg sprach auch Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas über seine Eindrücke aus Rußland. Dr. Haas fasste sein Urteil dahin zusammen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland wesentlich besser sind, als sie in Deutschland dargelegt werden. Er warnte vor den Anschauungen und Mitteilungen der russischen Emigranten, die das heutige Rußland nicht kennen und persönlich und wirtschaftlich so Schweres erlitten haben, daß diese Stimmungsmomente ihr Urteil wesentlich beeinflussen. Den Einwand, daß es bedenklich sei, früheres Privateigentum zum Gegenstand von Konzessionsverträgen zu machen, beantwortete der Vortragende mit dem Hinweis darauf, daß Frankreich und England sich nicht scheuen haben, deutsches Privateigentum im Ausland zu erwerben, das uns auf Grund des Versailler Friedensvertrages geraubt worden ist. Man müsse also in der Frage des Privateigentums nicht gerade denjenigen Lehren erteilen wollen, die am schwersten geschädigt worden seien. Sein Gesamturteil geht dahin, daß eine fehsündierte staatliche Macht und eine kraft organisierte Staatsordnung vorhanden sei. Der Redner machte weitere interessante Ausführungen über die kulturellen Zustände, über die Nachmittage der Sowjetregierung, über die Gefährdung der deutschen Geschäftsleute in Rußland, über den Zustand des Verkehrswezens und über das Leben in den Städten. Die Frage nach der Vertragstreue der Russen beantwortete Dr. Haas dahin, daß nach seinen Erfahrungen die Russen bis zum heutigen Tage mit den Ausländern eingegangene Verträge außerordentlich peinlich genau innegehalten haben. Deutschland habe schon viel wertvolle Zeit verloren, es hätte sich schon vor zwei Jahren stärker in Rußland betätigen müssen. Immerhin sei vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Man müsse im Ausland damit rechnen, daß Rußland in nächster Zeit seine Einfuhr nach Möglichkeit einschränken werde, um zu einer aktiven Handelsbilanz zu kommen. Die Frage nach der künftigen Entwicklung Rußlands beantwortete Dr. Haas dahin, daß sie seiner Meinung zur Entwicklung in der Richtung starker wirtschaftlicher Freiheit gehen werde.

Die Ausfuhr. Für den Monat Dezember betrugen die tatsächlichen Ausgaben für den Unterhalt der interalliierten Militärkontrollkommissionen 335 000 Goldmark, die persönlichen Ausgaben 1 215 000 Goldmark. (1) Diesen 1,2 Milliarden Goldmark für 200 fremde Offiziere gegenüber betrugen die monatlichen Ausgaben für die Gehälter mit Ortszuschlägen sämtlicher 4000 Offiziere des deutschen Reichsheeres nur 633 500 Goldmark. (1)

* Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

Die Bildung der Nationalliberalen Vereinigung innerhalb der Deutschen Volkspartei hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in besonders starkem Maße erregt, und so hat man auch dem Parteitag in Hannover dementsprechend besondere Beachtung geschenkt. Der Verlauf dieses Parteitages ist so gewesen, daß man wohl von einer Niederlage des in der Nationalliberalen Vereinigung organisierten rechten Flügels sprechen kann. Der Führer der Partei, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, hat mit seiner Politik einen vollen Erfolg gehabt und hat auch persönlich gut abgeköhnt.

Das ist das Fazit, das sich bei einer summarischen Betrachtung ergibt. Aber bei genauerer Prüfung ist man doch berechtigt, hinter das Ganze ein paar Fragezeichen zu setzen. Zunächst ist es auffallend, daß der Nationalliberalen Vereinigung immer noch ein Mann angehört, der bereits offen seine Schwankung von der Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen vollzogen hat, nämlich Herr von Versner. Überhaupt wird allem Anschein nach die Nationalliberalen Vereinigung weiter existieren dürfen. Das heißt, sie wird, wenn erst der Rausch des Parteitages vorüber ist, ihre Politik der Quertreibereien fortsetzen und Stresemann neue Anklage gegen die Weine werfen. Gewiß hat sich die erdrückende Mehrheit der Partei hinter Stresemann gestellt und die Sonderpolitik der Nationalliberalen Vereinigung mißbilligt. Aber diese Mehrheit ist wohl nur deshalb so groß geworden, weil Stresemann auch seinerseits gewissen Wünschen und Gedankengängen der Frondeure Konzessionen machte.

Die Gegenkräfte sind einstweilen verkleinert worden. Aber der Meistertstoff sieht nicht sehr widerstandsfähig aus. Stresemann hat die Taktik befolgt, allen Richtungen innerhalb der Partei ein Angebinde zu überreichen, ohne viel danach zu fragen, ob sich da nicht manchmal auch Widersprüche ergeben können. Dies man seine große Rede auf dem Parteitag durch, so wird man zweifellos manchen Gedanken darin finden, der unter allen Umständen brauchbar bleibt. Aber noch stärker wird der Eindruck sein, daß er eine klare und eindeutige Stellungnahme zu verschiedenen, sehr brennenden Fragen vermeiden und sich mit Formulierungen begnügt hat, die je nachdem mehr dem linken oder mehr dem rechten Flügel seiner Partei zuzagen.

So freut sich Stresemann einerseits z. B. darüber, daß es ihm gelungen ist, die Sozialdemokratie zu schädigen oder sie zu „überwinden“, wie er sich ausdrückt, dadurch, daß er sie im Kabinett der großen Koalition zur Mitarbeit heranzog; denn diese Mitarbeit hat ihr ja gerade einen großen Teil der Wähler entfremdet. Andererseits beklagt er es gleich danach als höchst unerfreulich, und zwar als höchst unerfreulich, auch für seine eigene Partei, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler zum Kommunismus abgewandert sei. Wir meinen, daß sich Herr Stresemann das gleich hätte sagen können. Dann hätte er vielleicht auf seine Politik der „Überwindung“ der Sozialdemokratie verzichtet. Denn vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus gesehen, sind 150 Sozialdemokraten und 30 Kommunisten im Reichstag wahrlich besser zu verdauen, als 80 Kommunisten, denen nur noch 80 Sozialdemokraten gegenüberstehen.

Erstaunlich ist an diesem Parteitag ferner die Tatsache, daß er einen Antrag aufweist, in welchem die Arbeitgeberschaft aufgefördert wird, „nach Möglichkeiten zu suchen, um ein organisches Hineinwachsen der Arbeitnehmer in den Mitbesitz (1) und die Mitbestimmung der deutschen Wirtschaft herbei zu führen“. Und die Rede des deutschvolksparteilichen Gewerkschaftsführers Thiel war im allgemeinen so beschaffen, daß sie auch von einem Sozialdemokraten hätte gehalten werden können. Zu allem Überflus hat die Mahnung Stresemanns, die Arbeitgeber möchten die jetzige Situation nicht im sozialreaktionären Sinne ausnützen, stürmischen Beifall gefunden. Und dieses alles, obwohl man doch weiß, daß es die großen Arbeitgeber sind, die innerhalb der Partei den letzten Endes dominierenden Einfluß haben! Glaubt vielleicht jemand, daß die gewaltigen Summen, die z. B. für die Herausgabe der deutschvolksparteilichen Wählerzeitung in Baden aufgebracht werden mußten, von Herrn Thiel und seinen Freunden stammen? Ach nein, diese großen Beträge werden der Partei von der Arbeitgeberschaft zur Verfügung gestellt. Und sie ermöglichen erst eine umfassende Bearbeitung des Wählers.

Und was den „stürmischen Beifall“ anlangt, den die Berichte über den Parteitag so oft verzeichnen, so muß man leider sagen, daß dieser Beifall an den widerspruchsvollsten Stellen laut geworden ist. Die Besücher des Parteitages sind wohl selber alle von dem Bestreben geleitet gewesen, durch die Stärke des Beifalls das zu erreichen, was dem Programm an Eindeutigkeit und Geschlossenheit fehlte. Die Auseinandersetzung innerhalb der Deutschen Volkspartei ist jedenfalls durch den Parteitag keineswegs zum definitiven Abschluß gebracht worden. Sie wird vielleicht schon in den nächsten Wochen, ganz sicher aber nach den Wahlen von neuen wieder aufleben.

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt tritt am 1. April 1924 in Kraft. In seiner ursprünglichen Fassung hat es als Pflichtaufgaben der Jugendämter erklärt: den Schutz der Pflegekinder, die Mitwirkung im Vormundschafswesen, insbesondere die Tätigkeit des Gemeindevorstandes, die Fürsorge für hilfbedürftige Minderjährige, die Mitwirkung bei der Schulaufsicht und der Fürsorgeerziehung, die Jugendgerichtshilfe, die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern, die Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegervaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten sowie die Mitwirkung in der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden, insbesondere bei der Unterbringung zur vorbeugenden Verwahrung. Außerdem war es als Aufgabe des Jugendamts erklärt, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen für die Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen, für den Mutterschutz vor und nach der Geburt, für die Wohlfahrt der Säuglinge und der Kleinkinder sowie für die Wohlfahrt der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts und der schulentlassenen Jugend. Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reichs, der Länder und der Gemeinden wurde durch Reichsverordnung vom 14. Februar 1924 dieser Aufgabekreis wesentlich eingegrenzt. Ganz ausgeschlossen aus dem Tätigkeitsgebiet der Jugendämter wurde die Fürsorge für minderjährige Hilfbedürftige, die künftig im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtspflege von den auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 errichteten Fürsorgeverbänden ausgeübt werden wird.

Ferner wurde die Möglichkeit vorgesehen, die Jugendämter zu befreien von der Aufgabe der Jugendgerichtshilfe, der Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht, bei der Fürsorge für Kriegervaisen und Kinder von Kriegsbeschädigten sowie von der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden und von der Durchführung der Bestimmungen über die gesetzliche Amtsvormundschaft. Eine Verpflichtung zur Durchführung der Aufgaben des § 4 des Gesetzes (Beratung, Mutterschutz und Jugendwohlfahrt im engeren Sinne) soll überhaupt nicht bestehen. Es verbleiben hiernach also lediglich der Schutz der Pflegekinder, die Mitwirkung im Vormundschafswesen, insbesondere die Tätigkeit des Gemeindevorstandes und die Mitwirkung bei der Schulaufsicht und der Fürsorgeerziehung.

Die von den interessierten Kreisen längst erwarteten Ausführungsbestimmungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz sind soeben erschienen, nachdem der badische Landtag in seiner Sitzung vom 28. März beschlossen hat, das Staatsministerium zur Erlassung der Bestimmungen im Verordnungswege zu ermächtigen. Eine frühere Verabschiedung der Ausführungsvorschriften war nicht möglich, weil bis vor kurzem nicht feststand, ob und in welchem Umfang das Reichsgesetz zur Durchführung kommen sollte, und weil vor allem die von der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht für die Durchführung der gesamten Wohlfahrtspflege vorgesehene Kommunal- und Behördenorganisation noch nicht geschaffen war.

Es ist nunmehr beschlossen worden, daß als Bezirksfürsorgeverbände die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und die innerhalb jedes Amtsbezirks zu Zweckverbänden zusammengeschlossenen übrigen Gemeinden nicht nur die Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrtspflege erfüllen, sondern auch Träger der Jugendämter sein sollen. Es wird also künftig in jeder Gemeinde von mehr als 10 000 Einwohnern ein Gemeinde- oder Stadtjugendamt und für jeden Amtsbezirk im übrigen ein Be-

zirkjugendamt geben. Das Jugendamt ist als Sonderauschuss jeder Gemeinde und jedes Verbandes nach den in der Verordnung vorgesehenen Richtlinien unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse zu errichten. In ihm werden vor allem in der Jugendwohlfahrt erfahrene und bewährte Männer und Frauen aller Bevölkerungskreise, insbesondere aus den im Bezirke des Jugendamtes wirkenden freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung auf deren Vorschlag tätig sein. (§ 9 Abs. 2 des N. J. G.) Die genannten Vereinigungen haben Anspruch auf zwei Fünftel der Zahl der nicht beamteten Mitglieder des Jugendamtes. Im Interesse der Kostenersparung ist die Möglichkeit vorgesehen, daß mit Genehmigung der obersten Landesbehörde an Stelle besonderer Jugendämter eine geeignete schon vorhandene Amtsstelle mit den Aufgaben des Jugendamtes betraut wird; hierbei ist jedoch im Bezirke der Amtsstellen wirkenden freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung eine den erwähnten Bestimmungen entsprechende Mitwirkung zu sichern. (Sinfachlich der Ausgestaltung der Jugendämter im einzelnen und ihres Geschäftsgebahrens ist der Selbstverwaltung volle Freiheit gegeben.

Aus Sparamtsrückichten wurde von der Errichtung eines besonderen Landesjugendamtes abgesehen und die Erfüllung seiner Aufgaben der obersten Landesbehörde überlassen, der für die Erledigung besonders wichtiger Angelegenheiten (z. B. die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien und die Schaffung gemeinsamer Veranstaltungen und Einrichtungen für die Jugendämter) ein Landesbeirat als beratendes Organ zur Seite gestellt ist. Der Landesbeirat ist in ähnlicher Weise zusammengesetzt wie die Jugendamtsausschüsse.

Als oberste Landesbehörde ist das Justizministerium bestimmt, das vor der Entscheidung einer die Zuständigkeit eines anderen Ministeriums mitberührenden Frage sich mit diesem Ministerium ins Benehmen zu setzen und, falls Abereinbarung nicht herbeigeführt werden kann, die Entscheidung des Staatsministeriums einzuholen hat.

Eingehende Regelung mußte die Materie der Fürsorgeerziehung erfahren, weil das Reichsgesetz alle Landesgesetze über Fürsorgeerziehung aufgehoben und damit auch die badische Fürsorgeerziehungsordnung vom 26. Juni 1919 beseitigt hat. Es wurden jedoch einem Wunsche des Landtags und der mit der Durchführung der Fürsorgeerziehung betrauten Stellen entsprechend die bewährten Grundsätze dieser Fürsorgeerziehungsordnung übernommen, soweit sie irgend mit den neuen reichsgesetzlichen Bestimmungen zu vereinbaren sind. Oberste Fürsorgeerziehungsbehörde ist das Justizministerium, das den Vollzug der Fürsorgeerziehung durch allgemeine Richtlinien oder durch Anordnungen im Einzelfall regelt. Der Vollzug der Fürsorgeerziehung im einzelnen erfolgt durch die Vormundschaftsgerichte. Sie sollen mit der Durchführung ihrer Anordnungen die zuständigen Jugendämter betrauen. Gegen die Vollzugsanordnungen der Jugendämter kann die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts angerufen werden, und gegen diese ist die Beschwerde an das vorgesehene Landgericht zulässig.

Dagegen ist in allen anderen zur Zuständigkeit der Jugendämter gehörigen Angelegenheiten gegen die Entscheidungen der Jugendämter Beschwerde an das Landesjugendamt gegeben. Gegen erstinstanzliche Entscheidungen des Landesjugendamtes kann das Staatsministerium angerufen werden.

Die Kosten der Jugendämter werden in gleicher Weise wie der sonstige Fürsorgeaufwand der Bezirksfürsorgeverbände getragen und aufgebracht: Ein Drittel erhebt der Staat, ein Drittel kann der Bezirksfürsorgeverband von der beteiligten Gemeinde erheben und das letzte Drittel bleibt ihm endgültig zur Last. Diese Regelung gilt auch für die Kosten der Fürsorgeerziehung und für

die Kosten vormundschaftsgerichtlicher Maßnahmen nach §§ 1066 und 1068 des P. O. B.

Wenn auch die derart beschaffene Organisation nicht das Ideal darstellt, das den beteiligten Kreisen bei dem Erscheinen des Jugendwohlfahrtsgesetzes vorschwebte, wenn auch den Zeitverhältnissen und der Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden wichtige Forderungen der Jugendwohlfahrt zum Opfer gebracht werden mußten, so ist doch zu hoffen, daß die gesunde Organisation und die — wenn auch eingeschränkte — Tätigkeit der Jugendämter eine wesentliche Förderung der Jugendfürsorge und der Jugendpflege im Gefolge haben wird. Es kommt ja auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wie kaum auf einem anderen Gebiete öffentlicher Tätigkeit weniger auf Organisationen und Vorschriften als auf den Geist und die Tätigkeitsfreude derjenigen an, denen die Durchführung der Aufgabe übertragen ist. Und gerade auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt sind besonders in den Kreisen der freien Vereinigungen erfreulicherweise zahlreiche und wertvolle Kräfte zur Mitarbeit bereit. Wenn die neuen Jugendämter es verstehen, diese Kräfte sich auch bei der neuen Organisation unter systematischer Zusammenfassung und Leitung, im übrigen aber in möglichst freier Freiheit sich regen zu lassen, so ist ihnen der Erfolg sicher.

Politische Neuigkeiten

Die Pariser Mission Dr. Schachts

Zu Berliner Wittermeldungen, daß die Mission Dr. Schachts in Paris noch nicht beendet sei, daß die Angelegenheit der Goldnotenbank noch vollkommen ungeklärt sei, ferner daß die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris und seine Unterhaltungen mit der Reparationskommission sich nach wie vor auf die gesamte Leistungsfähigkeit Deutschlands erstrecken und daß Dr. Schacht voraussichtlich bereits in der nächsten Woche wieder eine Reise nach Paris antreten werde, wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt:

Diese Behauptungen sind unrichtig. Die Auskünfte, die der Reichsbankpräsident dem Sachverständigenkomitee in Paris auf dessen Fragen gegeben hat, haben sich nur auf die Errichtung einer Goldnotenbank bezogen. Diese Besprechungen Dr. Schachts mit dem Sachverständigenkomitee sind beendet. Eine weitere Reise des Reichsbankpräsidenten nach Paris ist deshalb vorläufig nicht geplant.

Nach Pariser Meldungen wird sich die Reparationskommission am Samstag mit den Berichten der beiden Sachverständigenkomitees befassen.

Die deutschen Eisenbahnen

Im englischen Unterhaus wurde die Anfrage, ob MacDonald irgend eine Information betreffend die Übertragung der staatlichen Eisenbahnen in Deutschland an ein Handelsunternehmen, welches unabhängig sei, erhalten habe, von dem Premierminister bejaht beantwortet. Die Eisenbahnen sollen in dessen Eigentum des deutschen Reiches bleiben. Auf die Anfrage, ob MacDonald, wenn er von den deutschen Eisenbahnen spreche, den preussischen oder bayerischen Staat meine, oder das Reich, entgegnete MacDonald, er meine das deutsche Reich. Auf die weitere Frage, ob es Tatsache wäre, daß diese Eisenbahnen vermutlich zur Regelung der Reparationen herangezogen würden, und ob es nicht ein Anrecht sei, daß die Bahnen durch ein Privatunternehmen übernommen würden, erklärte er, die erwähnte Umwandlung berühre diesen Punkt nicht im geringsten.

Die neue Regierung Poincaré vor der Kammer

Die Erklärung des neuen Kabinetts Poincaré, die Montag vormittag in der französischen Kammer von Poincaré und im Senat durch den Justizminister Lefebvre du Bray verlesen wurde, besagt u. a.: Die Regierung habe beschlossen anzuernstigen die augenblickliche Politik fortzusetzen, die die vorausgegangene Regierung betrieben hat. Das Parlament hat in den letzten Wochen eine ungeheure finanzielle Sanierung durchgeführt, und eine zum größten Teil künstliche Krise, die durch fremde Kammern in einer durchsichtigen Absicht unternommen wurde, beschworen. Es kann jedoch nur von Dauer sein, wenn die Kammern in diesem und in kommenden Jahren den unerschütterlichen Entschluß beibehalten, das Budget auszugleichen. Die Zeit ist nicht mehr dazu angetan, daß ein Volk sich ruhig abschließen und sein Budget aufstellen könnte, wie es

wollte, ohne sich um die Kommentare seiner Nachbarn zu kümmern. Heute gibt es keine Nation mehr, die nicht dem niedrigen Blick der anderen Nationen ausgesetzt wäre. Wenn wir Schuldner haben, so haben wir auch Gläubiger und bei Verhandlungen erfolgen, legt dies uns allen eine aufmerksame Reflexion auf. Wir glauben, daß in dem Augenblick, wo sich die Vorkämpfer der Diktatur mehren, das Land sich von dem Wege der Freiheit entfernt. Diktatur des Proletariats und Diktatur eines einzigen Mannes, wir nehmen weder das eine noch das andere an. Die Nation ist souverän, sie muß sagen, was sie will. Was immer man auch sagen möge, das herrsche Frankreich hat bei den Friedensverträgen keine egoistischen Neigungen erfüllt. Es hat niemals die lächerlichen imperialistischen Absichten gehabt, die man ihm so gerne nachsagt. Alle Franzosen haben nur ein Ziel, jeden Tag mehr in einem ruhigen und pazifistischen Europa jenes relative Glück zu finden, das die Kultur und die Zivilisation nach und nach den Individuen und den Völkern vermittelt. Andererseits aber würde man, wenn man sämtliche Fragen von der internationalen Seite betrachtet und sich in seiner Phantasie, wie es gewisse Männer und gewisse Parteien tun, in das Zentrum Europas oder das Zentrum des Weltalls versetzen wollten, ohne zunächst engere Fühlung mit der Heimat Erde zu bewahren, Gefahr laufen, jedes Gleichgewicht und jeden Sinn für die Wirklichkeit zu verlieren. Seien wir zunächst gute Franzosen, um gute Europäer zu sein.

Frankreich hat den lebhaftesten Wunsch, sich so rasch wie möglich mit seinen Alliierten und Assoziierten über die beiden Fragen, von denen seine Zukunft abhängt, Reparationen und Sicherheit ins Benehmen zu setzen. Es ist, wie es erklärt hat, außerstande, seine Truppen aus dem Ruhrgebiet anders als nach Maßgabe und im Verhältnis der Zahlungen zurückzuführen. Es kann positive Forderungen nicht gegen unsichere Versprechungen austauschen, aber es hegt die feste Hoffnung, daß nach dem Bericht, den die von der Reparationskommission ernannten Sachverständigen abfassen, eine allgemeine Regelung und eine rasche Liquidation möglich werde. Sobald diese Arbeit abgeschlossen ist und vorliegt, wird Frankreich bereit sein, sie zu prüfen und gemeinsam mit seinen Freunden in ihr die Elemente einer allgemeinen Lösung zu suchen. Sollte dann der Fall eintreten, daß irgend ein vom Militarismus irregelmäßig, vom Dämon der Rache und des Hasses besessenes Land das Statut Europas zu zerstören, die feststehende Ordnung in Verwirrung zu verwandeln und die ehemals ihrer Herrschaft unterworfenen und ihr dann entzogenen Provinzen ganz oder teilweise wieder an sich zu reißen versucht, so würde sie die Entziehung aller übrigen Völker wachrufen und diejenigen, die ihr den Weg versperrten, würden die Zustimmung der ganzen Welt haben.

Was Frankreich anbelangt, so verlangt es nur Achtung vor den Verträgen. Möge der Frieden der uns versprochen, der Frieden, der unterzeichnet worden ist, uns morgen vergönnt werden! Mit dem größten Eifer und der größten Freude werden gerade wir auf die neue Sonne zusehen, deren Aufgang die Welt erheitert.

Die Kammer nahm die Kredite für den Wiederaufbau zweiten Quartals 1924 schließlich an.

General Mangin für die Rheinische Republik

Wie der „Matin“ berichtet, hat General Mangin, der in Brüssel einen Vortrag gehalten hat, einem Redakteur der „Nation belge“ erklärt, ohne die Rheinische Republik sei das französische Sicherheitsproblem unlösbar. Ohne die Rheinische Republik werde der Neuaufgebaute in Deutschland nicht verschwinden. Wenn man die Rheinlande sich selbst überlasse, werde Preußen nicht den Besitz der großen Fabriken verlieren, die die Bewaffnung sichern. Wenn man nur mit der Verantwortung rechnen könnte, könnte man sagen, daß Deutschland für Jahre nicht zu fürchten sei, aber die Verunsicherung und die Deutschen bildeten zwei verschiedene Dinge. Vor ihnen sei man niemals sicher. Man müsse sich deshalb für alle Eventualitäten bereit halten. Eines Tages werde sicher ihr Instinkt und ihre alte Willigkeit sie wieder auf das Gebiet ihrer alten Geliebten führen.

Der Reichszentralrat über den Wahlkampf

Reichszentralrat März empfinden den Chefredakteur der „Braunschweigischen Staatszeitung“ zu einer Unterredung, in deren Verlauf er sich über den Wahlkampf wie folgt äußerte:

Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, daß dieser Reichstag, dessen Auflösung erfolgt ist, nicht mehr der wahren Volksmeinung entspreche. Es wird sich am 4. Mai erweisen müssen, inwieweit diese Kritik Recht behalten können. Der neu zu wählende Reichstag wird sich vor tiefen Aufgaben gestellt sehen, die der Lösung nur zugeführt werden können, wenn eine entschlossene, verantwortungsbewusste, verfassungstreue Mehrheit das Mandat der Regierung bildet, die für die Politik im Innern und nach außen verantwortlich zu zeichnen haben wird. Wirtschaftliche Notwendigkeiten dürfen nicht außer acht gelassen werden. Es heißt, Realpolitik, Verantwortung, nicht Gesinnungspolitik machen. Aber das Ziel dieser Politik darf im deutschen Volke kein Zweifel bestehen: Einheit des Reiches und Wiederaufrichtung nach langen, harten Leidensjahren. Meines unzerrehten Rechtes wollen wir aufgeben. Ehrlich und aufrichtig wollen wir an die Arbeit gehen, um uns aus der Schuldennotwendigkeit zu lösen, die schwer auf uns lastet. Nicht mit Krieg und Kriegsgefahr, nicht mit der Waffe in der Hand, nein! mit Hammer und Meißel, mit Gabe und Schaufel in der Hand wollen wir Werke schaffen, jeder an dem Werke, an dem er gewillt ist. Es ist notwendig, nicht und nicht die Dinge zu sehen, wie sie sind. Die Erkenntnis erfordert den unbesorgten Willen, ganze Arbeit zu leisten und Dienst am Vaterlande zu verrichten, das wir retten können, wenn wir selbst es wollen. Opfer verlangt dieser Dienst am Vaterlande von jedem einzelnen von uns. Aber der Lohn wird sicher nicht ausbleiben, da jede Arbeit den Lohn in sich trägt. Jeder Deutsche sei ein Mädchen in der großen Maschine vaterländischen Schaffens. Er lerne seine Funktion bewahren und wehren und füge sich willig und freudig dem Ganzen an. Nur Kritik daran, daß die Maschine schlecht läuft, erfordert weniger Mut als der Wille, sich in das Getriebe einzufügen. Weg und Ziel sind vorgezeichnet. Es gilt, mit Glauben und Vertrauen an die Arbeit zum Westen des Vaterlandes zu gehen.

Reichsminister Dr. Jarres für die Ruhrgefangenen

Auf einer Kundgebung des Verbands der rheinisch-westfälischen Presse für Freiheit und Sicherheit der deutschen Presse in Gagen, sprach Reichsminister Dr. Jarres:

Wir stehen vor einem neuen kritischen Tag, dem 15. April, an dem die in einer Zwangslage abgeschlossenen Wismar-Verträge in ihren wesentlichen Teilen in Kraft treten. Diese Verträge, welche namentlich den Kohlenbergbau und die chemische Industrie und außerdem auch die Eisenindustrie und die verarbeitende Industrie mit Opfern belasten, die an die Grenzen der Selbstverleugung gehen, können nicht verlängert werden. Eine Aussprache mit den Industriellen in jüngster Zeit hat dies mit voller Klarheit erwiesen, und auch die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen hat vor einigen Tagen den Nachweis erbracht, daß die Dinge, wie sie sich bisher unter den Wismar-Verträgen entwickelt haben, unumgänglich so bestehen bleiben können. Ich lege Wert darauf, hier in Wismar

Badisches Landestheater

Mignon

Die wieder in den Spielplan aufgenommene „Mignon“, die dem eiteln Ambroise Thomas leider immer noch auf deutschen Bühnen den Ruhm der Unsterblichkeit sichert, fand, wie zu erwarten, die jubelnde Zustimmung der vieler empfänglicher Seelen. Das zu konstatieren ist einfach Chronistenpflicht, bedeutet aber keineswegs die moralische oder gar öffentliche Unterstützung, die von dem Franzosen um eine große Sympathie aufgebauten Wesen, die vor Jahrzehnten vielleicht einmal als geistiger Redebüchsen galt, heute jedoch als allerbilligste Unterhaltungsware gewertet werden muß und nur noch von Respektstandpunkt aus ein gangbarer Mittel genannt werden kann. In dieser Beziehung wird die schmetternde Dominante ihrer sentimentalen Verlogenheit auch jetzt dem Landestheater wiederum nützbringende Verwertung in einigen Wiederholungen sichern. Denn das Publikum, das sich nach derlei Opernbanalitäten schmerzhaft und wahrlich auch weidlich sehnt, stirbt nicht aus und quillert mit dankbarem Beifall, wenn so ein lang vermisstes Lieblingsstück endlich wieder geboten wird. Daran ist also nichts zu ändern. Das gegenwärtig recht magere Repertoire hat eine momentane Erleichterung erfahren, doch keine wichtige Bereicherung. Die Intendanz wird sich aber überlegen müssen, wie sie diese Rinde vor Ende der Spielzeit noch ausfüllen will. Es gibt doch manchen andern Namen von ehrsüchtiger empfundenem Klang als den A. Thomas', es gibt auch eine Reihe älterer Werke von reich bewegter Musikalität, die immer noch besser eine Aufführung lohnen, sei auch ihre szenische Bedeutung von ebensowiel historischen Reminiscenzen überwiegen. Alle Ausstattungsopern, an deren Aufmachung Maler und Musikerbeitrag gleichen Anteil haben, behalten z. B. immer noch ihre Berechtigung und lohnen wenigstens auch künstlerisch die daran gewendete Arbeit. Es ist zu verlangen, daß sich das Theater einer solchen notwendigen Aufgabe noch unterzieht.

Zur Wiedergabe der „Mignon“ ist nicht allzuviel zu sagen. Es waren gute Durchschnittsleistungen. Gute Stehertspiele und lang die Mädchenfigur so rührend und sentimental, wie es oben diese mit allen Anarten des italienischen Opernfilms besetzte Partie verlangt. Marie von Ernst

war als Philine bei bester Laune und Stimme. Als tolltönige Gräfin triumphierten der hohe Tenor Wild, Peter W. W. (W. W. W.) einerseits und der schwere Bass W. W. W. andererseits, wiewohl kein romantischer Kothario eher im hohen Norden bei den Wäldern zu Hause schien als im sonnigen Süden. In kleineren Rollen bewährten sich Albert Peters und Eugen Kalbach. Zusammen mit Chor und Orchester sorgte Alfred Lorenz für intensive Durchblutung des Dramatischen und Wärme des Lyrischen, das beides in der Partitur (aus der man die Regitative weglassen kann) ausgeglichen ist. Die von Hans W. W. W. mit dem nötigen feinsinnigen und regimäßigem Stimmungsänder übergesetzene Aufführung sollte die gesagte nach jedem Akt die Hände der zahlreichen Besucher in lebhafteste Bewegung.

Landestheater. Das einmalige Gastspiel des „Russischen dramatischen Theaters“, das im städtischen Konzerthaus am heutigen Dienstag, den 1. April das Schauspiel „Die Kamehiendame“ von Alexander Dumas zur Aufführung bringt, rechtfertigt das gespannteste Interesse nach allein, was den kritischen Berichten der führenden auswärtigen Presse zu entnehmen ist, allein schon der hervorragenden Künstlerin wegen, die die Titelrolle in diesem alten, vom Gaudium einer ehrwürdigen Theatertradition und neuesten Stück spielen wird. Zwar ist die Entwicklung über jene Dramatik hinweggeschritten, die tief im Wesen reiner Theatralität wurzelte und durch eine Generation glänzender Schauspieler-Personlichkeiten verlorpert wurde, die der Bühne ihrer Zeit ihren theatralischsten Charakter gab. Dennoch ist diese antiquierte Dramatik auch heute in ständiger, Einbrüche von echter und tiefer Wirkung zu vermitteln, wenn eine Menschendarstellung von schöpferischer Genialität sich ihrer noch immer begehrt. Paraderollen „bemächtigt“ von denen „Die Kamehiendame“ durch eine Sarah Bernhardt und Leonore Duse, um nur die größten Namen zu nennen, zu Weltruhm gelangte. Elena Solovikova, die Darstellerin des „Russischen dramatischen Theaters“, hat gerade als „Marguerite Gautier“ den Vergleich mit jenen berühmtesten europäischen Tragödiinnen herausgefordert und den Platz neben ihnen — wenn die vollenbelegten Beugnisse besserer Kritik nicht täuschen — mit Ehren bezeugt.

legung von Pressmeldungen, namentlich des Auslandes, zu betonen: Die Reichsregierung hat irgendwelche Verhandlungen über eine Verlängerung dieser Verträge über den 15. April hinaus nicht geführt und kann sie auch nicht beabsichtigen, denn das Reich ist ganz außerstande, die Lasten dieser Verträge zu übernehmen. Wenn aus dieser Lage nicht die notwendigen Folgerungen wirtschaftlicher Vernunft gezogen werden, so muß sich daraus ein tödlicher Zustand für Rhein und Ruhr ergeben.

In einem weiteren Teil seiner Rede richtete Dr. Jarres einen neuen Appell an Frankreich und das Weltgewissen, doch endlich den rund 1500 deutschen Gefangenen, die sich noch in französischer und belgischer Haft befinden, die Freiheit wiederzugeben.

Unter den 1500 befinden sich Hunderte deutscher Beamter, denen nichts anderes vorgeworfen werden kann, als daß sie im großen Abwehrkampf ihres Volkes schlicht und recht ihre Pflicht erfüllt haben. In diesen Tagen hat ein schlichter deutscher Arbeiter, der wegen angeblicher Sabotage von Deutschen verurteilt worden war, im Deportationsgefängnis in San Martin de Ré nach qualvollen Leiden den Tod gefunden. Für eine französische Regierung, die wirklich Verhängung will, sollte die Frage der Ausgewiesenen und Gefangenen doch längst keine Frage mehr sein. Trotzdem schmachten noch 12 Deutsche in französischen Strafanstalten. Dantbar erkennen wir, daß Menschenfreunde des Auslandes sich mit allerdings nur geringem Erfolg dieser Opfer annehmen. Auch heute noch werden rund 140 000 ausgewiesene Deutsche von der Heimat jenseitig ferngehalten.

Trotz allem Leid hat das deutsche Volk aber nicht das Recht, die Hände müßig in den Schoß zu legen. Wie wir vor aller Welt der Lage von der deutschen Kriegsschuld zurückschrecken, so fordern wir auf Grund unserer Vergangenheit und unserer Lebenskraft Gleichberechtigung unter den Völkern der Erde. Was den schwarzen, braunen und gelben Stämmen als Selbstverständlichkeit eingeprägt wird, läßt sich das deutsche Volk, seines Wertes auch im Unglück bewußt, nicht verjagen. Wir haben die Folgen unserer Niederlage getragen und werden sie tragen. Aber die Niederlage tilgte in der deutschen Nation nicht das Menschenrecht. Mit Verriedigung ist festzustellen, daß im besetzten Gebiet sich Männer aller Art zusammenfinden, um bei den kommenden Wahlen die ungeschickte Schärfe zu vermeiden. Auch im Saargebiet tritt eine vorbildliche Einheit der Stimmung eindrucksvoll in Erscheinung. Das sollte auch im unbesetzten Gebiet nicht unangenehm sein.

Nach Minister Jarres, sprach noch Generalkommissar für Rhein und Ruhr im Ministerium der besetzten Gebiete Dr. Schmidt. Er äußerte sich speziell zu der Frage der Besatzungskosten. Mit unendlicher Mühe ist es bisher gelungen, den Betrag von 50 bis 60 Millionen Goldmark monatlich aufzubringen, aber lange wird es nicht mehr möglich sein. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß ein finanziell derartig gerütteltes Land auf die Dauer die unproduktiven Ausgaben tragen kann.

Der Reichswehrminister über Bayern u. Reich

In Würzburg sprach Reichswehrminister Dr. Gessler: Von besonderer Bedeutung waren seine Ausführungen die die innere Politik und vor allem auch Bayern betrafen. Er nahm die Weimarer Verfassung in Schutz und tadelt, daß Bayern sich unter dem alten System so wenig um seine eigenen Interessen gekümmert habe. Auch in Bayern müsse ein Staatsmann den Mut haben, unpopulär zu sein. Man dürfe nicht die verlorene Popularität dadurch wieder zu bekommen suchen, daß man in etwas populärerer Form den Marsch nach Berlin antrete oder von Zeit zu Zeit den Männern in Berlin einen Mahfzug an den Kopf werfe. Berlin und München müßten gegenwärtig noch etwas lernen. Offenherzig bekannte der Minister, daß auch in Berlin nicht alles richtig gemacht werde. Aber in dem Zweipol des Reiches und der Länder müsse man doch dem Reiche geben, was des Reiches ist; die Außenpolitik werde eben doch in Berlin gemacht und nicht in München, Dresden oder sonstwo anders. Für weite Kreise in Norddeutschland sei es eine große Enttäuschung gewesen, daß sich Herr von Kahr nicht als der große Mann bewiesen habe, den die Kaiserlegende aus ihm gemacht habe. Es scheint, daß man in Bayern ein großer Mann werden könne, wenn man große Nebenhalte, für die man später nicht einzustehen brauche. General Jork habe auch gegen den Willen seines Königs gehandelt, habe aber den Mut der Verantwortung gehabt und nicht um Amnestie gebeten. Jeder, der dem Staate diene, habe auch die Pflicht, ihm treu zu sein. Der Bewahrung der moralischen Begriffe muß entschieden entgegengetreten werden. Wir werden, so sagte Reichsminister Gessler, jedem Versuch, ob von rechts oder von links, den Staat umzustürzen, die volle Schärfe der Gewalt fühlen lassen.

Vom Wahlkampf in Württemberg

Der Staatspräsident Dr. Sieber hat an die Landesoberhäupter der politischen Parteien ein Schreiben gerichtet, worin er sagt: „Es wäre sehr zu begrüßen, wenn in der Karwoche, d. h. vom Palmsonntag bis zum Ostersfest (je einschließlich), also vom 18. bis 20. April, keine Wahlveranstaltungen veranstaltet würden. Ich bin überzeugt, daß die überzogene Mehrheit württembergischer Volkes eine dahingehende Vereinbarung der politischen Parteien mit Genehmigung aufnehme würde, und ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie zu einer solchen Verständigung sich bereit finden ließen.“

Wähler vor dem französischen Kriegsgericht

Das französische Militärkriegsgericht in Kaiserslautern hat außer den Schriftleitern der „Wäls. Presse“ und des „Wäls. Volksboten“ auch den Schriftleiter der „Zweibrücker Zeitung“, D. Dauter, verurteilt, weil er durch einen Artikel über die Birmanenser Vorgänge die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet haben sollte. Das Urteil lautete auf 100 Goldmark oder 40 Tage Gefängnis. Ferner stand eine Anzahl Bürger von Rodenhäuser unter Anklage, weil sie an einer Kundgebung gegen die Separatisten teilgenommen hätten. Die Strafe lautete gegen einen Angeklagten auf acht Tage, gegen einen weiteren, der die Glocken geläutet hatte, auf drei Monate Gefängnis, während die übrigen Angeklagten zu Geldstrafen von 20 bis 50 Goldmark verurteilt wurden.

Der deutschnationale Reichsparteitag

Am Sonntag in Friedrichshagen bei Hamburg mit einer Biemarckfeier statt. Fürst Otto von Bismarck sprach die Hoffnung aus, daß bald eine starke nationale Regierung kommen werde. Der Reichsführer der deutschnationalen Jugend, Eberhard entgegenete darauf mit einem Freudenruf, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bevor nicht die Farbe schwarz-weiß-rot wieder umgehoben von den Alpen bis zur Adria und von der Memel bis zum Wasenwald über ein kaiserliches Deutschland wehen werden. Darüber wollen wir uns freuen, daß diese Farben nur mit Blut und Eisen wieder zu Ehren gebracht werden können in deutschen Ländern. Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.

Lubenroff — Reichstagskandidat. An der Spitze der Reichsliste der deutschnationalen Freiheitspartei steht, wie die Wäls. Zeitung, General Lubenroff. Danach folgen Pöcher und v. Heeren.

Kurze Nachrichten

Kommunistenverhaftungen in Bayern. Nach einer Mitteilungsnotiz wurden in Traunstein (Oberbayern) 10 Mitglieder der kommunistischen Partei, darunter die Führer Kischer und Pragenbaler, wegen politischer Antriebe verhaftet.

Neuer großer Streik in England. Eine Massenversammlung der Bauhandwerker, die beim Bau der britischen Reichsausstellung beschäftigt sind, die am 28. April in Bombay nahe bei London eröffnet werden soll, hat einstimmig beschlossen, zur Erzeugung von Lohnrückstellungen in den Streik zu treten. Die Arbeit wurde niedergelegt.

Die griechische Volksabstimmung. Die griechische Regierung hat eine Verordnung veröffentlicht, worin die Volksabstimmung über die Regimefrage auf den 13. April festgesetzt wird. In Kreta, Mazedonien, Thrazien, im Epirus und in den seit 1912 erworbenen Inseln erwartet man, daß die Republikaner eine Mehrheit von 80 Prozent erhalten werden, während die jonischen Inseln geschlossen für die Monarchie stimmen werden. Der Peloponnes und das kontinentale Griechenland werden voraussichtlich ebenfalls für die Monarchie stimmen, vor allem das Land, während die Städte, vor allem Athen, Piräus und Patras eine große Mehrheit für die Republik ergeben würden.

Badischer Teil

Abhaltung von Vorträgen über die jüngste Zivilprozessreform

Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung der Reichsregierung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 13. Februar 1923 hat auf dem Gebiete des Zivilprozess rechts zahlreiche grundlegende Änderungen gebracht, die in der Hauptsache auf eine Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens hingen und damit seit langem gehegten Wünschen weiter Kreise Rechnung tragen. Um den Justizbeamten und Rechtsanwälten Gelegenheit zur Einführung in die neuen Rechtsgebäude und zur Fortbildung auf diesem wichtigen Rechtsgebiet zu geben, läßt die Justizverwaltung gegenwärtig an den Sitzen der beiden größten Landesgerichte, Karlsruhe und Mannheim, durch den mit diesem Stoff besonders vertrauten ordentlichen Professor der Rechte an der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Gelsheimer, der sich hierzu in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat, Vorträge über die Zivilprozessreform abhalten. Angesichts der weittragenden Bedeutung der eingeführten Änderungen, welche — zum Teil abbrechend von den Ergebnissen langjähriger Vorarbeiten — ganz neue Wege weisen, werden die Vorträge in Fachkreisen ein lebhaftes Interesse beanspruchen dürfen.

Der Eisenbahnarbeiterstreik

hat sich auf die Arbeiter der Stationen Mannheim-Neckarau, Mannheim-Industriegebiet, des Stützamts Heidelberg und zum Teil auch des Stationsamts Heidelberg sowie auf einige Bahnhöfe in Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen ausgedehnt.

Der Betrieb ist bis jetzt uneingeschränkt aufrecht erhalten. Die Lohnverhandlungen sind in Berlin seit heute vormittag im Gang.

Von der Polizeihundeschule

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sind auf der Polizeihundeschule in Karlsruhe bisher 120 Polizeihunde dressiert worden (einschließlich der für Bahnverwaltung, Forstverwaltung usw. ausgebildeten Wächterhunde). 75 Hunde sind an Polizei- und Gendarmeriebeamte abgegeben worden. Die staatlichen Spürhundestationen in Karlsruhe (Schule), Freiburg und Mannheim sind mit je 2-3 Kriminalhunden besetzt, weitere Spürhunde sind in Dreesur. Insgesamt sind 149 Beamte als Hundeführer ausgebildet worden. Auch einzelne Gemeinden haben sich Polizeihunde zugelegt und Führer ausgebildet lassen.

Aus den Parteien

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie, der am Samstag und Sonntag in Karlsruhe stattfand, stellte als Kandidaten für die Reichstagswahlen auf: 1. Oskar Gess, Redakteur in Mannheim, 2. Georg Schäfflin, Redakteur in Karlsruhe, 3. Stefan Meier, Kaufmann in Freiburg, 4. Adolf Schwarz in Mannheim, 5. Oskar Graf, Forstheim, Landtagsabgeordneter, 6. Adolf Gess, Offenburg, 7. Frau Wiese, Mannheim, Landtagsabgeordnete, 8. Karl Grotzhaus, Konstantz, Landtagsabgeordneter. Oskar und Adolf Gess, Schäfflin und Schwarz gehören bereits dem letzten Reichstag an. Dem Bezirksverband bleibt es überlassen, weitere Kandidaten zu nominieren.

Der Landesausschuß des badischen Landbundes hat in einer Sitzung in Karlsruhe die Kandidatenliste des badischen Landbundes für die Reichstagswahl festgesetzt. Es wurden neun Kandidaten aufgestellt. Die Liste beginnt mit den Namen 1. Landwirt und Wälschenscheider Hermann Juster-Wingolsheim, erster Vorsitzender des badischen Gemeindeverbandes; 2. Landwirt Fritz Zimmer-Vinx; 3. Landwirt und Direktor der Lagerhauszentrale Leo Köhler-Neicholshelm; 4. Landwirt und Bürgermeister Joseph Kaiser-Wehla; 5. Landwirt und Bürgermeister Rudolf Gumb-Kappeler; 6. Landwirt Fritz Schumann-Einsheim; 7. Landwirt Erwin Kunz-Jungingen.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuß Mannheim stimmte einem Beschluß des Stadtrats zu, wonach die Stadt zugunsten von Baubereinigungen und sonstigen Bauherren die Bürgerschaft und Auslieferungsgarantie für hypothekarisch gesicherte Darlehen bis zum Höchstbetrage von insgesamt 5 Millionen Goldmark geben kann. Bürgermeister Dr. Ball teilte mit, die Vorlage sei so ausgearbeitet, daß der Hypothekenausschuß hinsichtlich der Höhe der Bürgerschaftsleistungen möglichst freie Hand hat. Man wisse nicht, wie die Verhältnisse sich entwickeln. Als Darlehensfuß seien 6-8 Prozent in Aussicht genommen. Mit dem Bauhofwucher habe sich die Stadt auch beschäftigt und veranlaßt, daß der badische Stadtrat eine dringliche Eingabe an das Reichsministerium richtet, damit dieses entsprechende Maßnahmen ergreift. Wegen Erwerbung eines Fliegelschweben Verhandlungen.

Der Stadtrat Mannheim bewilligte 97 400 Mark für die Herstellung eines zweiten Straßenbahnsteiges von Lützenberg nach Sandhofen und 35 000 Mark für die Beschaffung eines Automobil-Rangierwagens für die Oberleitungsanlagen der Straßenbahn. Für die Geschäftsbesorgung des Hypothekenausschusses bei der Gewährung von Baudarlehen und Zinszuschüssen und der Übernahme der Bürgerschaft durch die Stadt werden Richtlinien aufgestellt. Die Abgabe von Gelände im Schindloch zur Anlage eines Sportplatzes wird abgelehnt. Das Projekt für den Industriebezirk in den Gewannen „Neurott“, beim „Herzlicher Brunnen“ und am „Grasweg“ mußte mit Rücksicht auf künftige Eisenbahnanlagen umgeändert werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Offenburg ist auf 600 zurückgegangen.

Der Bürgerausschuß Badenweiler erklärte sich mit dem Beitritt der Gemeinde in die Kurverwaltung Badenweiler e. G. m. b. H. einverstanden und genehmigte die neue Satzung. Danach beträgt die Tagesrate eine Mark; es soll aber auch eine Dauerkarte für 30 Mark eingeführt werden. Ferner beschloß der Bürgerausschuß, die bisherige Gasbefehdung durch elektrische zu ersetzen.

Aus der Landeshauptstadt

Wechsel im Präsidentenposten der Oberpostdirektion. Mit dem 31. März trat der auf Grund der Personalabbau-Verordnung in den einstweiligen Ruhestand versetzte Präsident der hiesigen Oberpostdirektion Weiland von seinem Amte zurück. Sein Nachfolger ist der bisher schon bei der hiesigen Oberpostdirektion tätige Oberpostdirektor Kämlein.

Tanzabend Frieda Ursula Bad. Am Mittwoch, den 2. April, abends 8 Uhr tanzte Frieda Ursula Bad mit 3 ihrer Schülerinnen in der kleinen Festhalle. Käthe Georgi, Erta Gaud, Käthe Malärva gehen aus der Mannheimer Schule für Körperbildung und Tanz (Methode der Wigman-Schule, Dresden), von Frieda Ursula Bad herbor und treten in Gruppen- und Einzeltänzen mit ihr auf. Die musikalische Begleitung liegt in den Händen von Georg Enders, Mannheim. Es wird gewiß von großem Interesse sein bei dieser Gelegenheit sich mit der Methode der Wigman bekannt zu machen, die z. B. als bedeutendste Tanzkunstform Deutschlands gilt. Die Konzertdirektion Kurt Reusfeldt hat den Vorverkauf übernommen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 17 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Änderung des Wohnungsgesetzes; über die Steuererhebung in den Monaten April bis September 1924.

Mannheim, 20. März. Durch die außerordentliche Verminderung der Zahl der Hotels und Gasthäuser ist der Fremdenverkehr gegenüber dem Jahre 1914 stark bedroht. Während dem Fremdenverkehr im Jahre 1914 in Hotels und Gasthäusern 1382 Betten zur Verfügung standen, sind heute nur noch 1017 vorhanden. Da auch wenig Privatfremdenzimmer infolge der Wohnungsnot zur Verfügung stehen, so wird der Platz erliegen, im Zentrum der Stadt ein großes modernes Hotel mit etwa 200 Betten zu errichten.

Heidelberg, 31. März. Ein schweres Gewitter ging am Freitag über die Neckarregion nieder. Da 3 Unwetter richtete im Schwarzbachtal einen noch nicht abzuschätzenden Schaden an. Namentlich Neckarbischofsheim, Helmstadt, Wälschbach u. Gschelbrunn wurden von Hochwasser hart betroffen. Der im Wiesental bei Neckarbischofsheim befindliche Schöfer kam mit seiner Herde in die mit ungeheurer Macht auftretenden Wassermassen. Etwa 40 Schafe ertranken und wurden teilweise am Wälschbacher Wehr aufgefangen. In Helmstadt überflutete das Wasser die Straßen und drang in die tiefer gelegenen Häuser und Stallungen ein. Mit größter Mühe konnte das Vieh gerettet werden. Einzelne Ställe ertranken. Infolge Dammbrüchen erlitt der Jungferkerl Neckarheim-Neckarbach Störungen, die jedoch leicht wieder behoben werden konnten. In Neckarbischofsheim lag der Hagel handbreit hoch über dem Boden. Die feinsten Gassen standen ganz unter Wasser.

hh. Dorland, 31. März. Am gestrigen Sonntag hat Bezirksleiter Veterinär Dr. Gersch in Karlsruhe in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Karlsruhe in der Krone in Dorland über Maßnahmen zur Erhöhung der Milchleistung bei der Rinder- und Ziegenzucht gesprochen. Der zeitgemäße Vortrag fand aufmerksame Zuhörer. In reger Aussprache sind verschiedene Fragen der Tierzucht erörtert worden. An der Aussprache hat auch Kreisökonomierat Gsch in Durand aufklärend mitgewirkt. Dringend gewünscht wurde die Wiedereinführung der staatlichen Ferkel- und Rindviehprämierung, deren große Bedeutung für die Zucht herabgehoben wurde.

Offenburg, 31. März. Die Ausweisung des nach dem Bezirk vom 17. Februar verabschiedeten und nachträglich ausgewiesenen Eisenbahnschreibers Franz Sauer in Appenweier wurde durch die französische Militärbehörde in Neuf wieder zurückgenommen.

DZ. Rehl, 31. März. Im Rahmen des badischen Fischereiverbands haben sich nunmehr auch die für die Strecke Karlsruhe-Karlsruhe-Mannheim in Betracht kommenden Berufsfischer für die Rheinstraße Karlsruhe-Karlsruhe-Mannheim zusammengeschlossen. Für die Strecke Mannheim-Karlsruhe und die Strecke Karlsruh-Karlsruhe-Karlsruhe bestehen bereits bezügliche Vereine, ebenso sind die Bodenseefischer bereits organisiert. Es wird nun noch die Organisation der Fischer auf den Strecken Kaiserstuhl-Basel und Basel-Bodensee folgen. Die Gründungsverbände standen unter der Leitung des Landesfischereispektors im Ministerium des Innern Dr. Koch.

Handel und Wirtschaft

Gründung einer Maschinenbörse in Freiburg i. Br. Der Verband badischer Landmaschinenbauer und -händler (Raimah) hielt dieser Tage in Freiburg i. B. unter Leitung ihres ersten Vorsitzenden, Karl Wieser-Ehringen-Kirch, ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Durch Festlegung der Satzungen wurde dem Verband eine neue feste Form gegeben. Als wichtigste Aufgabe des Verbandes wird die regelmäßige Abhaltung der Maschinenbörse an jedem ersten Samstag des Monats im „Jahnenberg“ in Freiburg i. B. bezeichnet. In der Börse haben Mitglieder, sowie von Mitglieder eingeführte Gäste Zutritt. Der erste Vortag erfreute sich eines lebhaften Besuches und eines anregenden Geschäftsganges hauptsächlich im Tauschgeschäft.

Vermehrter Verbrauch von Zigaretten in Deutschland: Nach einer Meldung des Tabakhandelsblattes „Zigaretten- und Zigarettenspezialist“ wurden in Deutschland im letzten Jahre 26 Milliarden Zigaretten veräußert. Gegenüber 1913 bedeutet dies mehr als eine Verdoppelung des Verbrauchs, da im letzten Friedensjahre nur 12 Milliarden Zigaretten gerollt wurden.

